

# Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität

Eine wachstumspolitische Kurzanalyse  
für Mecklenburg-Vorpommern

Andreas Freytag und Nicolas Haase

# **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität**

**Eine wachstumspolitische Kurzanalyse  
für Mecklenburg-Vorpommern**

# Auf einen Blick

Mit dem Beschluss, die Schuldenbremse verfassungsrechtlich zu ändern und ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für zusätzliche öffentliche Investitionen über einen Zeitraum von zwölf Jahren zur Verfügung zu stellen, hat die Bundesregierung im Sommer 2025 ein klares Aufbruchssignal gesendet und ihre Bereitschaft dokumentiert, die schwierige Lage des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu verbessern. Aus diesem Sondervermögen sind 1,92 Mrd. Euro für Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen. Diese Mittel bieten ein hohes Potenzial, die Wachstumsaussichten im Bund und in den Ländern zu erhöhen.

Wie gelingt es der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, in Einklang mit der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik die zusätzlichen Mittel sinnvoll zu investieren und Wachstumsimpulse für das Land zu generieren? Mit dieser Frage befassen wir uns in dieser Kurzanalyse.

Wir sehen drei Voraussetzungen dafür:

- (1) Erstens müssen sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung diese Investitionen tatsächlich zusätzlich zu den bereits im Haushalt geplanten Investitionen und möglichst wachstumsfördernd durchführen.
- (2) Zweitens muss dieser fiskalische Impuls von Reformen der Wirtschaftspolitik des Bundes begleitet werden, gerade mit Blick auf Wachstumswirkungen.
- (3) Eine dritte Voraussetzung ist eine mutige und schlüssige Wirtschaftspolitik auf Länderebene, im vorliegenden Fall in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu zählen mutige Schritte, Regulierungen auf Landesebene abzubauen – idealerweise im Wettbewerb von Gebietskörperschaften (Stichwort Sonderwirtschaftszonen), eine bessere Verzahnung der Bildungspolitik mit den Wettbewerbsvorteilen des Landes in der Klimapolitik sowie eine Neuausrichtung der Energiepolitik; für letzteres sollte sich die Landesregierung mit anderen norddeutschen Küstenländern zusammenschließen.

Mit diesem Maßnahmenpaket besteht eine gute Chance, die Wachstumspotenziale im Land Mecklenburg-Vorpommern mit Hilfe des Landesanteils des Sondervermögens des Bundes zu steigern und Aufbruchsstimmung zu erzeugen.

# Inhalt

**6 — Einleitung**

**7 — Die Rolle und Bedeutung öffentlicher Investitionen  
in Deutschland**

**9 — Haushaltspläne in Deutschland:  
Der Bund und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich**

**16 — Das Sondervermögen – Mecklenburg-Vorpommern**

**19 — Ist Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg?**

**23 — Die Autoren**

# Einleitung

Mit dem Beschluss, die Schuldenbremse verfassungsrechtlich zu ändern und ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für zusätzliche öffentliche Investitionen über einen Zeitraum von zwölf Jahren zur Verfügung zu stellen, hat die Bundesregierung im Sommer 2025 ein klares Aufbruchssignal gesendet und ihre Bereitschaft dokumentiert, die schwierige Lage des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu verbessern. Damit dieses Signal ankommt und das Sondervermögen nicht verpufft, muss die Bundesregierung zwei weitere Bedingungen erfüllen: Erstens müssen diese Investitionen tatsächlich zusätzlich zu den bereits im Haushalt geplanten Investitionen stattfinden, und zweitens muss der fiskalische Impuls von Reformen der Wirtschaftspolitik begleitet werden.

Für das Jahr 2025 scheinen diese Voraussetzungen nicht erfüllt worden zu sein. Der verabschiedete Bundeshaushalt für 2025 sieht zwar höhere Investitionen vor als ursprünglich, d.h. vor der Verabschiedung des Sondervermögens, geplant. Allerdings werden die Investitionen deutlich geringer zunehmen, als es das für 2025 vom Bund einzusetzende Sondervermögen in Höhe von 37,2 Mrd. Euro erlaubt – es sind insgesamt nur zusätzliche 19,2 Mrd. Euro. Insofern scheint das Kriterium der Zusätzlichkeit infrage zu stehen. Gesamtwirtschaftlich problematisch würde dieses Vorgehen, wenn notwendige flankierende Wirtschaftsreformen aufgrund des gesunkenen Konsolidierungsdrucks ausbleiben.<sup>1</sup>

Für die Bundesländer sind 100 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen vorgesehen, darunter 1,92 Mrd. Euro für Mecklenburg-Vorpommern. Gelingt es der Landesregierung, die zusätzlichen Mittel vollständig zusätzlich zu investieren und Wachstumsimpulse für das Land zu generieren? Mit dieser Frage befassen

wir uns in dieser Kurzanalyse. Dafür unternehmen wir den Versuch, die Allokation der zusätzlichen Investitionen aus dem Sondervermögen in Mecklenburg-Vorpommern zu analysieren und zu bewerten. Dabei gehen wir wie folgt vor:

Zunächst diskutieren wir kurz die Rolle öffentlicher Investitionen in Deutschland. Darauf aufbauend vergleichen wir die Allokation der Ausgaben und der Investitionen zwischen dem Bund und dem Land Mecklenburg-Vorpommern, um mögliche Potenziale sowie Fehlentwicklungen zu identifizieren. Anschließend bewerten wir die Investitionspläne Mecklenburg-Vorpommerns und zeigen konkrete Potenziale für wachstumspolitische Impulse auf.

# Die Rolle und Bedeutung öffentlicher Investitionen in Deutschland

Staatliche Investitionen bilden die Grundlage für wirtschaftliches Handeln der Unternehmen und Bürger. Wenn Straßen fehlen, Schulen ihre Funktionen nicht erfüllen, die digitalen Netze auf dem Stand der 1990er Jahre sind oder Brücken einstürzen, verschlechtert sich das Investitionsklima und Unternehmen sind auch faktisch immer weniger in der Lage, erfolgreich im Wettbewerb mit internationaler Konkurrenz zu bestehen. Deshalb sollte die öffentliche Hand so viel wie möglich für den Aufbau und die Instandhaltung öffentlicher Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen tun.

In der Praxis werden als öffentliche Investitionen die staatlichen Ausgaben für dauerhafte Wirtschaftsgüter wie Straßen, Wasserstraßen, Flughäfen, Schulen und Kindergärten bezeichnet. Darunter fallen ökonomisch gesehen auch Erhaltungsinvestitionen wie Reparaturen, die dazu dienen, die dauerhafte Nutzung dieser Wirtschaftsgüter zu ermöglichen bzw. zu erhalten. Öffentlich beschaffte Güter wie Datennetze, Computer etc. zählen ebenfalls dazu. Investitionen sind ein Instrument der Volkswirtschaft und unterscheiden sich vom Staatsverbrauch (z.B. Personal und Verwaltungsgüter), Übertragungen (z.B. Finanzhilfen für Unternehmen) und Zinsen durch ihre langfristige ökonomische Wirkung.

Es ist kein Geheimnis, dass die öffentlichen Investitionen in Deutschland seit Jahren gering sind. Sie sind sogar kaum hoch genug, um den Verfall der öffentlichen Infrastruktur zu bremsen – die öffentlichen Nettoinvestitionen der vergangenen knapp dreißig Jahre lagen etwa bei Null.<sup>2</sup> In manchen Jahren gab es positive Nettoinvestitionen, in andern waren sie negativ. Angesichts der Notwendigkeit und Realisierung des Aufbaus neuer digitaler Netze und einer gestiegenen Mobilität in Deutschland seit der Wiedervereinigung kann dies nur bedeuten, dass

wesentliche Teile der Infrastruktur nicht angemessen gewartet und repariert worden sind. Das Ergebnis dieser Vernachlässigung spüren Bürgerinnen und Bürger jeden Tag.

Gleichzeitig stieg die öffentliche Verschuldung in absoluter Höhe an. Bezogen auf das BIP lag sie im Jahre 2024 zwar nur etwas über dem Stand von 1996, aber deutlich höher als in den 1970er und 1980er Jahren. Damals lag die öffentliche Nettoinvestitionsquote noch bei etwa 1 bis 3 Prozent. Interessanterweise haben sich die Bruttoinvestitionen des Fiskus seit 2004 wieder leicht erhöht, ohne an das Niveau der 1970er Jahre und die Zeit direkt nach der Wiedervereinigung heranzukommen. Angesichts einer alternden Bevölkerung ist die geringe Investitionsquote problematisch.

Die scheinbar klare Abgrenzung zwischen Investition und Konsum ist bei genauerem Hinsehen jedoch keineswegs so deutlich, da es methodisch kompliziert ist, staatliche Investitionen ökonomisch vom staatlichen Konsum abzugrenzen. Denn viele Ausgaben sind in ihrer Wirkung nicht eindeutig, wie das Beispiel der Bildungsausgaben dokumentiert: Gehälter für Lehrerinnen und Lehrer, Betreuerinnen und Betreuer in Kitas oder Hochschullehrerinnen und -lehrer dienen dem Konsum der Betroffenen, sollten aber zum Aufbau von Kenntnissen und Wissen – also ganz allgemein Humankapital bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden – dienen. Werden diese Aufgaben nicht erfüllt, unterbleibt die Investition. Diese Sicht legt nahe, dass staatliche Investitionen eher unterschätzt werden.

Allerdings gibt es auch nominelle Investitionsausgaben, deren Investitionscharakter bezweifelt werden mag. So ist vermutlich die Investition in ein neues Affenhaus, beispielsweise im Schweriner Zoo,

im Wesentlichen als konsumtiv zu bewerten. Gleiches gilt für Fußballstadien, die nicht dem Breitensport dienen und die in der Regel mit öffentlichen Verlusten einhergehen. Insofern ergibt es ökonomisch Sinn, diese Abgrenzung zu verlassen und auf die Frage zu fokussieren, ob die Investitionen zum Wirtschaftswachstum beitragen können. Allerdings ist die Abgrenzung zwischen Investitionen mit hohen und solchen mit geringeren Wachstumswirkungen schwierig. Eine Bildungsinvestition, eine verbesserte Ausstattung der Sicherheitskräfte oder ein verbessertes Krankenhaus zahlt nicht direkt, aber mit Sicherheit indirekt und in der Zukunft auf das Wachstum ein. Investitionen in Humankapital sind in dieser Sichtweise dem Aufbau von konsumorientiertem Sachkapital – wie Affenhäusern oder Fußballstadien – vorzuziehen.

Es ist inzwischen eine Binsenweisheit, dass in Deutschland ein erheblicher Investitionsbedarf besteht, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Das bedeutet, dass die öffentlichen Haushalte dringend einer Überprüfung und Erneuerung dahingehend bedürfen, damit der Schwerpunkt von „Gestern“, also Konsum und Sozialleistungen, auf „Morgen“, also Investitionen, verschoben wird.

# Haushaltspläne in Deutschland: Der Bund und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich

In diesem Kapitel wollen wir auf die Investitionspläne der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern eingehen. Um mögliche Potenziale und Fehlentwicklungen zu identifizieren, erscheint es sinnvoll, diese Pläne mit denen anderer Bundesländer und des Bundes zu vergleichen. Wir gehen in drei Schritten vor: Zunächst betrachten wir die Investitionspläne des Bundes für 2025 und folgende Jahre. Anschließend vergleichen wir die Investitionsquoten der öffentlichen Haushalte auf Ebene der Bundesländer – mit erstaunlichen Unterschieden. Im dritten Schritt analysieren wir die Pläne des Landes Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Investitionsgipfels MV aus dem Juli 2025.

## a) Der Bund

Der Finanzbericht 2025<sup>3</sup> (veröffentlicht 2024) weist für den Zeitraum von 2023 bis 2025 einen Anstieg der Investitionstätigkeit des Bundes um mehr als 20 Mrd. Euro aus. Der Zuwachs ist in erster Linie auf erhöhte Investitionen in die Infrastruktur zurückzuführen, wie Tabelle 1 zeigt.<sup>4</sup> Allein 9 Mrd. Euro entfallen auf zusätzliche Mittel für die Bundesschienenwege, weitere 4,4 Mrd. Euro auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv zu bewerten: Investitionen in digitale Infrastruktur stärken den strukturellen Wandel und sichern die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in einer zunehmend digitalisierten Weltwirtschaft. Gleichzeitig tragen Investitionen in die Schienenwege zur Entlastung der Straßenverkehrsinfrastruktur bei und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung und der Europäischen Union.

**Tabelle 1: Investitionen des Bundes nach Aufgabenbereich in Mrd. €**

Nr.	Aufgabe	2023	2024	2025	2026	2027	2028
1	Bundesfernstraßen	8,9	8,8	9,1	9,6	9,7	9,9
2	Bundesschienenwege	9,2	16,3	18,1	17,0	17,7	13,0
3	Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,0	1,0	2,0	2,0	2,1	2,1
4	Bundeswasserstraßen	1,1	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5
5	Digitale Infrastruktur/ Breitbandausbau	0,5	3,2	4,9	3,2	3,9	2,7
6	Entwicklungshilfe	7,4	6,9	6,6	6,6	6,4	6,5
7	Bildung und Forschung	3,2	3,6	3,6	4,0	3,9	3,5
8	Wohnungsbau und Städtewesen	3,5	4,0	4,4	4,7	4,9	5,3
9	Gewährleistungen	1,5	2,1	4,0	3,0	1,9	1,9
10	Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
11	Umwelt- und Naturschutz, Strahlenschutz	1,3	1,4	1,6	1,8	1,7	1,4
12	Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
13	GA „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
14	Förderung Kohleregionen gem. StStG	0,2	2,3	2,1	2,4	2,8	2,1
15	Bundesliegenschaften	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
16	GA „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
17	Innere Sicherheit	0,6	0,6	0,9	1,0	1,0	1,0
18	Kulturelle Angelegenheiten	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
19	Verteidigung	0,4	0,4	0,7	0,5	0,5	0,5
20	Zukunftsinvestitionsprogramm	0,3	0,3	0,2	0,2	-	-
<b>Summe</b>	<b>Alle Aufgaben</b>	<b>42,5</b>	<b>55,8</b>	<b>62,9</b>	<b>60,8</b>	<b>61,2</b>	<b>57,3</b>

Quelle: Finanzbericht 2025

Allerdings ist festzuhalten, dass die Planung aus dem Jahr 2024 voraussichtlich nicht umgesetzt wird. Der Entwurf des Haushaltsplans für 2026<sup>5</sup> zeigt bereits, dass die geplanten Investitionsausgaben nicht erreicht werden. Während der Finanzbericht für 2026 noch Investitionen in Höhe von rund 61 Mrd. Euro vorsah, liegt der Entwurf des Haushaltsplans etwa 5 Mrd. Euro darunter. Noch deutlicher ist die Abweichung für das Jahr 2027, in dem die Investitionsausgaben um knapp 13 Mrd. Euro geringer ausfallen als ursprünglich geplant. Damit stellt sich die Frage, ob die Investitionsausgaben des Bundes teilweise durch Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie aus dem Klima- und Transformationsfonds substituiert werden.

Tatsächlich ergeben sich so nur rund 33 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen (aus Sondervermögen und Kernhaushalt), obwohl für 2027 ursprünglich 47,1 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität vorgesehen waren. Zudem reduziert sich das Budget aus dem Klima- und Transformationsfonds unabhängig vom Sondervermögen. Während für 2024 noch rund 58 Mrd. Euro vorgesehen waren, sinkt der Betrag im laufenden Jahr auf 26 Mrd. Euro. Im Jahr 2024 ergaben sich, unter strikter Trennung zwischen den Investitionsausgaben des Kernhaushalts (56 Mrd. Euro) und des Sondervermögens Klima- und Transformationsfonds (58 Mrd. Euro), insgesamt Investitionen von 114 Mrd. Euro. Diese Schätzung dürfte leicht zu hoch angesetzt sein, verdeutlicht jedoch, dass die zusätzliche öffentliche Investitionstätigkeit geringer ausfällt als dargestellt. Ab 2027 erhöhen sich die Gesamtinvestitionen lediglich auf knapp 120 Mrd. Euro.

**Tabelle 2: Investitionen des Bundes in Mrd. € – Entwurf Bundeshaushalt 2026**

Investitionen des Bundes	2024	2025	2026	2027	2028	2029
<b>Bund insgesamt</b>	<b>113,8</b>	<b>115,7</b>	<b>126,7</b>	<b>117,4</b>	<b>118,6</b>	<b>119,5</b>
Investitionen Kernhaushalt	55,8	62,7	56,1	48,6	46,9	46,5
SVIK <sup>1</sup>	-	27,2	48,9	47,1	48,4	49,2
KTF <sup>2</sup>	58,0	25,7	21,7	21,7	23,4	23,8

Quelle: Bundesfinanzministerium Regierungsentwurf 2026 & Finanzplan 2027 bis 2029.

1 Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität

2 Klima- und Transformationsfonds (KTF)

## b) Investitionstätigkeit im Ländervergleich

Im zweiten Schritt werfen wir einen Blick auf die generelle Investitionstätigkeit in den Bundesländern. Dabei ist festzuhalten, dass Mecklenburg-Vorpommern im nationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Investitionsquote aufweist und damit oberhalb des bundesweiten Durchschnitts

liegt.<sup>6</sup> Dies betrifft sowohl die Summe aus privaten und öffentlichen Investitionen (siehe Tabelle 3) als auch die öffentliche Investitionsquote (siehe Tabelle 4<sup>7</sup>).

**Tabelle 3: Investitionsquoten der Bundesländer in Prozent (2021)**

Nr.	Bundesland	Investitionsquote [%]
1	Niedersachsen	27,4
2	Brandenburg	26,0
3	Bayern	24,5
4	Rheinland-Pfalz	23,4
5	Baden-Württemberg	22,8
<b>6</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>22,4</b>
7	Schleswig-Holstein	21,8
8	Sachsen	21,4
9	Sachsen-Anhalt	20,5
10	Thüringen	20,3
11	Hessen	19,2
12	Berlin	18,9
13	Saarland	17,1
14	Nordrhein-Westfalen	16,9
15	Bremen	15,3
16	Hamburg	14,9

Quelle: VGR der Länder – Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse, Ausgabe 2024.

Vor dem Hintergrund, dass Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt über die zweitälteste Bevölkerung Deutschlands verfügt und damit viele Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahren in den Ruhestand eintreten, ist diese hohe Investitionstätigkeit grundsätzlich positiv zu bewerten. Während das Erwerbspersonenpotenzial in Mecklenburg-Vorpommern von 2014 bis 2024

bereits um 8,4 Prozent gesunken ist, wird es von 2025 bis 2035 um durchschnittlich 10.000 Personen und damit mehr als 1,1 Prozent pro Jahr zurückgehen.<sup>8</sup> Investitionen können das Produktionspotenzial des Landes erhöhen und damit die negativen Auswirkungen einer abnehmenden Zahl Erwerbstätiger abfedern.

**Tabelle 4: Öffentliche Investitionsquoten im Ländervergleich**

Nr.	Bundesland	Investitionsquote (%)
1	Sachsen	17,56
2	Thüringen	16,60
<b>3</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>15,43</b>
4	Sachsen-Anhalt	15,38
5	Bayern	13,98
6	Brandenburg	12,69
7	Schleswig-Holstein	10,59
8	Berlin	10,58
9	Baden-Württemberg	10,28
10	NRW	10,15
11	Bremen	9,97
12	Saarland	9,25
13	Hessen	9,13
14	Hamburg	7,86
15	Rheinland-Pfalz	5,31
16	Niedersachsen	5,21

Quelle: Investitionsquoten der Länder (2023); Entnommen aus Haushaltsplänen und Finanzplanungen der Länder.

### c) Der öffentliche Haushalt in Mecklenburg-Vorpommern

Die Haushaltsplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern sieht für das Jahr 2025 Investitionsausgaben in Höhe von rund 1,7 Mrd. Euro vor, die bis 2030 auf etwa 1,5 Mrd. Euro sinken sollen.<sup>9</sup> Insgesamt ergibt sich damit ein Rückgang der Investitionen um rund 177 Mio. Euro. Als Haupt-

ursache für diese Entwicklung nennt die Landesregierung abnehmende Fördermittel für den Breitbandausbau. Darüber hinaus wird im Haushaltsentwurf darauf hingewiesen, dass die neue EU-Förderperiode ab 2028 mit geringeren Zuwendungen verbunden sein wird, was zusätzliche Einschnitte bei den investiven Ausgaben des Landes erwarten lässt.

**Tabelle 5: Mittelfristige Finanzplanung MV – Ausgaben 2025 vs. 2030 in Mio. €**

Ausgabenposten (2025–2030)	HP 2025	FPZ 2030	Differenz	Differenz in %
Personalausgaben	2.755,3	3.424,9	669,6	24,3
Zinsausgaben	162,3	269,7	107,4	66,2
Sach- und Fachausgaben	6.641,4	7.197,8	556,4	8,4
Investitionsausgaben	1.715,9	1.539,4	-176,5	-10,3
Rücklagen-Zuführungen, Verrechnungen	170,3	210,1	39,8	23,4
Globale Mehr- / Minderausgabe	-128,6	-56,0	72,6	-56,5
Netto-Tilgungen	0	114,7	114,7	-
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>11.316,6</b>	<b>11.470,8</b>	<b>154,2</b>	<b>1,40</b>
Handlungsbedarf	0	-1.229,8	-1.229,8	-

Quelle: Mittelfristige Finanzplanung – Regierungsportal M-V.

Während die Investitionsausgaben deutlich sinken, steigen die Sachausgaben um über 8 Prozent und die Zinsausgaben um knapp zwei Drittel. Insbesondere die Entwicklung der Personalausgaben ist als besorgniserregend einzustufen. Für das Jahr 2025 sind Ausgaben in Höhe von etwa 2,75 Mrd. Euro vorgesehen, die bis 2030 auf etwa 3,3 Mrd. Euro ansteigen sollen (siehe Tabelle 5). Dies entspricht einem Zuwachs von

mehr als 24 Prozent. In diesem Bereich bestehen trotz höherer Pensionsausgaben einige Einsparpotenziale, die gezielt genutzt werden könnten, um zusätzliche finanzielle Spielräume für investive Maßnahmen zu schaffen und damit das Investitionsniveau langfristig zu sichern.

**Tabelle 6: Investitionsplan Mecklenburg-Vorpommern 2025 – 2030 in Mio. €**

Plan	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Baumaßnahmen	299,1	278,4	276,4	272,9	269,8	259,3
Kommunaler Finanzausgleich (investiv)	140,5	131,0	131,0	131,0	131,0	131,0
sonstige Investitionsausgaben	1.276,3	1.319,6	1.206,9	1.121,6	1.143,7	1.149,1
<b>Investitionsausgaben gesamt</b>	<b>1.715,9</b>	<b>1.729,0</b>	<b>1.614,3</b>	<b>1.525,5</b>	<b>1.544,5</b>	<b>1.539,4</b>
Veränderung zum Vorjahr (%)	-	0,8	-6,6	-5,5	1,2	-0,3

Quelle: Mittelfristige Finanzplanung – Regierungsportal M-V.

Tabelle 6 zeigt die Struktur der geplanten Investitionen an. In der aktuellen Haushaltsplanung ist das zusätzliche Budget aus dem Sondervermögen noch nicht berücksichtigt. Dieses soll voraussichtlich rund 160 Mio. Euro jährlich betragen, was den geplanten Rückgang der Investitionen jedoch nicht vollständig ausgleichen kann. Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass die Investitionsquote Mecklenburg-Vorpommerns bis 2030 weiter sinken wird. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Infrastrukturlücke im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern besorgniserregend, wenn vorausgesetzt wird, dass eine moderne Infrastruktur die Grundlage für langfristiges Produktivitätswachstum bildet, wie am Beispiel der Digitalisierung und der Mobilität deutlich wird:

- In Mecklenburg-Vorpommern liegt die Breitbandversorgung in ländlichen Räumen weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.<sup>17</sup> Für ein Flächenland mit alternder Bevölkerung wäre eine bessere Breitbandversorgung von besonderer Bedeutung, da digitale Dienst-

leistungen Versorgungssicherheit und Produktivität gleichermaßen erhöhen können. So können Investitionen in digitale Netze die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen erhöhen, Home-Office und Telearbeit erleichtern und damit die Attraktivität des Bundeslandes als Wohnort steigern sowie die Integration von kleinen und mittleren Unternehmen in digitale Wertschöpfungsketten verbessern.

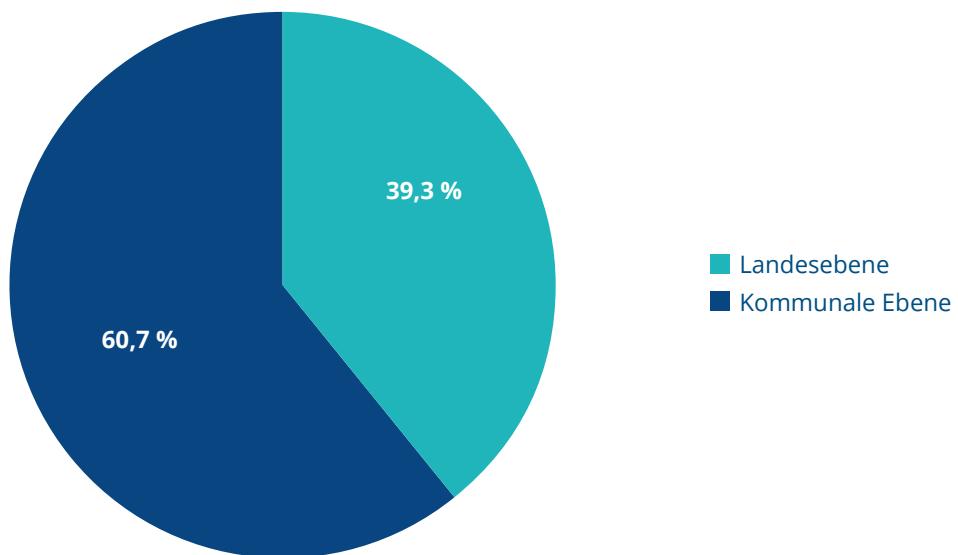
- Zudem weisen viele Regionen eine eingeschränkte Erreichbarkeit zu überregionalen Märkten auf. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – insbesondere Schienen- und Schnellstraßenverbindungen – könnte die regionale Konnektivität verbessern und Transportkosten senken, was zu messbaren Produktivitätsgewinnen und mehr Unternehmensansiedlungen führen könnte.

# Das Sondervermögen – Mecklenburg-Vorpommern

Auf einem Investitionsgipfel am 15. Juli 2025 einigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die grundsätzliche Verteilung des landeseigenen Anteils des Sondervermögens. Gemäß der Aufteilung dieses Sondervermögens ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern ein zusätzliches Budget bis 2035 von

1,92 Mrd. Euro.<sup>10</sup> Die Landesregierung rechnet mit einem jährlichen Budget von rund 160 Mio. Euro, das zu knapp über 60 Prozent an die Kommunen weitergegeben wird (siehe Abbildung 1).

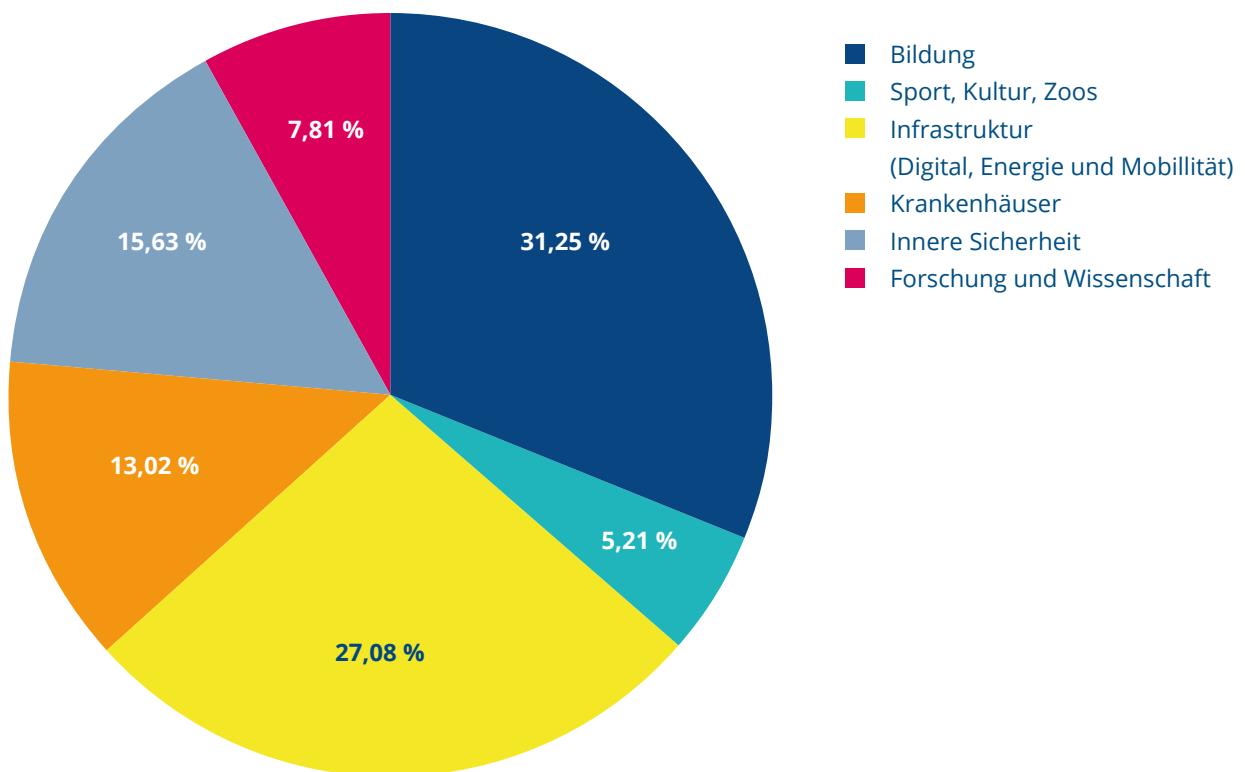
**Abbildung 1: Aufteilung des Sondervermögens nach Ländern und Kommunen**



Laut Investitionsgipfel fließt ein Großteil der Mittel in Bildung und Wissenschaft, die zusammen knapp 40 Prozent des Budgets ausmachen. Weitere Schwerpunkte liegen auf der Infrastruktur – insbesondere fokussiert auf Digitales, Energie und Mobilität –

Krankenhäuser, der Inneren Sicherheit, sowie den Bereich Sport, Kultur und Zoos (siehe Abbildung 2). Diese Struktur ist durchaus nachvollziehbar, kann aber so grob dargestellt nicht im Detail beurteilt werden.

**Abbildung 2: Aufteilung des Sondervermögens nach Aufgabenbereichen**



Quelle: Eigene Darstellung nach MV-Plan 2035.

Tabelle 7 fasst diese Aussagen noch einmal zusammen. Die Investitionen in Bildung von rund 600 Mio. Euro werden von den Kommunen durchgeführt, eine Maßnahme, die aus ökonomischer Perspektive sinnvoll erscheint. Bildung steigert die Humankapitalakkumulation und damit das langfristige Produktionspotenzial. Allerdings stellt die Abwanderung junger, qualifizierter Schülerinnen und

Schüler ein Problem dar, da sie die Effizienz dieser Investitionen mindert; deswegen sind 150 Mio. Euro Investitionen in Wissenschaft und Forschung ebenfalls angemessen. Zurzeit besteht für Mecklenburg-Vorpommern laut Bildungsmonitor, demzufolge das Land lediglich auf dem neunten Platz rangiert, noch deutliches Verbesserungspotenzial.<sup>11</sup>

**Tabelle 7: Aufteilung des Sondervermögens nach Aufgabenbereichen in Mio. €**

Aufgabenbereich	Kommunale Ebene	Landesebene	Summe
Bildung	600	-	600
Forschung und Wissenschaft	-	150	150
Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz	50	250	300
Krankenhäuser	200	50	250
Infrastruktur (Digital, Energie und Mobilität)	215	305	520
Sport, Kultur, Zoos	100	-	100
<b>Summe</b>	<b>1.165</b>	<b>755</b>	<b>1.920</b>

Quelle: Ergebnisse des MV Investitionsgipfels vom 15. Juli 2025

Auch die Investitionen in Infrastruktur sind sinnvoll, insbesondere im Bereich der digitalen Infrastruktur, da das Land in diesem Vergleich bundesweit den letzten Platz belegt.<sup>12</sup> Wie viel genau in digitale Infrastruktur investiert wird, ist allerdings bislang unklar. In diesem Zusammenhang stellt sich die wichtige Frage, ob die hier geplanten Investitionen in Innere Sicherheit und Krankenhäuser wirklich aus dem Sondervermögen gezahlt werden sollten, oder ob diese nicht aus dem Kernhaushalt zu finanzieren sind. Wenn man die Tabellen 5, 6 und 7 im Verbund betrachtet, zeigt sich, dass im regulären Haushalt Investitionen bis 2030 deutlich reduziert und Gehälter sowie Sach- und Fachausgaben, darunter insbesondere Sozialausgaben, deutlich erhöht werden sollen. Es steht dann zu befürchten, dass das Sondervermögen auch in Mecklenburg-Vorpommern keine Zusätzlichkeit entfaltet, sondern Haushaltlöcher stopft. Dies sollte um jeden Preis vermieden werden.

Im Dokument zum Investitionsgipfel wird darüber hinaus die Erwartung ausgedrückt, dringend notwendige Investitionen in den Klimaschutz aus dem von der Bundesregierung dafür vorgesehenen Klimaschutzfonds mit einer Ausstattung von 100 Mrd. Euro zu finanzieren. Also erwartet die Landesregierung, dass weitere Mittel nach Mecklenburg-Vorpommern fließen. Diese werden aber deutlich geringer ausfallen als der Anteil aus den für die Länder vorgesehenen 100 Mrd. Euro des Sondervermögens. Es wäre bedenklich, wenn nun eigentlich vorgesehene Investitionen in den Klimaschutz in einer Art von Attentismus unterlassen würden.

# Ist Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg?

Nicht nur der Bund, sondern auch die Bundesländer sind an einem Scheidepunkt angelangt. In diesen Monaten wird es sich vermutlich entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland dauerhaft den hohen Lebensstandard ihrer Bürgerinnen und Bürger sichern kann. Die außenwirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen sind große Aufgaben für die Regierungen in Bund und Ländern. Die Voraussetzungen sind jedoch gut: Eine wachstumsfördernde Verwendung des Sondervermögens bietet die Chance, die aktuelle Stagnation zu überwinden. Dafür müssen jedoch drei Bedingungen erfüllt sein: (1) Zusätzlichkeit und wachstumsfördernde Verwendung der Investitionen aus dem Sondervermögen; (2) Reformen auf der Bundesebene und (3) eine mutige und schlüssige Wirtschaftspolitik auf Länderebene.

Die Pläne, das Sondervermögen vollständig zu investieren, sind nur dann wirklich überzeugend, wenn die zusätzlichen Mittel im Kernhaushalt nicht andere Investitionsausgaben verdrängen, es mithin keinen „Verschiebebahnhof“ geben wird. Dies gilt für Bund und Länder gleichermaßen und ist aus heutiger Sicht nicht eindeutig zu beurteilen. Denn wie oben gezeigt, werden Investitionen im regulären Haushalt des Bundes und Mecklenburg-Vorpommerns laut heutiger Planung reduziert, während gleichzeitig Investitionen durch das Sondervermögen zu erwarten sind. Nur wenn es gelingt, die Mittel für zusätzliche Investitionen in potenziell wachstumsförderndes Kapital einzusetzen, kann das Sondervermögen auch auf Länderebene, in diesem Fall in Mecklenburg-Vorpommern, die notwendige Wachstumsdynamik erzeugen bzw. unterstützen. Wichtig für das Bundesland scheinen Bildung, Forschung, Digitalisierung und Mobilität zu sein, während konsumorientierte Investitionen zwar

wünschenswert und vordergründig populär sein mögen, aber diese Dynamik nicht erzeugen können.

Über die gesteigerte Investitionstätigkeit hinaus bedarf es zusätzlicher Impulse aus dem Bund in Form von Sozialreformen, Regulierungsabbau und Steuerreformen, um nur einiges zu nennen. Konkret geht es darum, die Wachstumsdynamik in Deutschland wiederherzustellen. Dabei empfiehlt sich grundsätzlich ein schnelles und umfassendes Vorgehen mit den folgenden Schwerpunkten<sup>13</sup>:

- › Die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus muss nicht weiter erläutert werden.
- › Es liegt auf der Hand, dass die öffentlichen Subventionen in Deutschland schnell abgebaut werden müssen. Es werden jedes Jahr über 200 Mrd. Euro an Zahlungen auf allen politischen Ebenen geleistet, die in der überwiegenden Mehrzahl an Verlierer des Strukturwandels überwiesen werden. Dadurch werden Arbeitskräfte und Kapital unproduktiv gebunden.<sup>14</sup>
- › Eine Vereinfachung des Steuersystems, z.B. durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei gesunkenen Steuersätzen für alle, ist längst überfällig.
- › Eine zielgenaue Einwanderungs- und Sozialpolitik kann helfen, den Arbeitsmarkt zu entlasten und den – trotz der gegenwärtigen Schwäche der Arbeitsnachfrage – bestehenden Fachkräftemangel zu überwinden.

Das Problem in Deutschland besteht nicht in einem Erkenntnisproblem. Es fehlt bislang an Mut, diese oder ähnliche Maßnahmen umzusetzen, obwohl

Bürgerinnen und Bürger durchaus bereit zu sein scheinen, harte Einschnitte bei gleichzeitiger Steigerung der Chancen zu akzeptieren. Darauf kann ein Bundesland nicht warten. Was also kann Mecklenburg-Vorpommern selbst tun?<sup>15</sup> Drei Vorschläge ergeben sich unmittelbar aus dem Gesagten:

- Das Land sollte erstens die Spielräume nutzen, die sich in den Regulierungen bieten, um Bürokratie abzubauen. Das könnte zentral oder aber mit Hilfe des Wettbewerbs über Sonderwirtschaftszonen als Probierräume für innovative Auslegungen der Regulierungen und Vorschriften organisiert werden. Wir würden den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für bessere Regulierungen vorziehen. Denkbar sind schnellere Ausschreibungen, beschleunigte Genehmigungsverfahren, und Gestaltungsspielräume für kommunale Entscheidungen, die Verwaltungswege abkürzen. Die Haftungsregeln für kommunale Entscheidungsträger könnten in dem Zusammenhang so angepasst werden, dass diese mutige Entscheidungen treffen, wenn es den Kommunen hilft. Solche Probierräume haben auch positive Auswirkungen auf Investitionen. Eine ernsthafte Deregulierung bei Genehmigungsprozessen und öffentlichen Ausschreibungen kann sicherlich die Dynamik steigern.
- Zweitens sollte Mecklenburg-Vorpommern das Potenzial erneuerbarer Energien im Land mit der Bildungspolitik verknüpfen, um die Transformation hin zu klimafreundlichen Produktionsstrukturen zu ermöglichen. Dabei wäre der Ausbau der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur besonders geeignet, die Attraktivität des Standorts für Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte zu steigern. Hier wäre darauf hinzuwirken, dass die Industrie sich an der Konzipierung von Ausbildungs-Curricula und Studiengängen beteiligt.<sup>16</sup>
- Um dieses Potenzial bestmöglich zu heben, ist drittens die Energiepolitik zu reformieren, die gerade für norddeutsche Küstenländer eine Herausforderung ist. Die variablen Stromgestehungskosten in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dürften bundesweit auf dem niedrigsten Niveau sein. Deshalb ist es notwendig, dass diese Länder sich für das Konzept regionaler Strompreise einsetzen. Denn damit können die verstärkten öffentlichen Investitionen ein Auslöser für deutlich erhöhte private unternehmerische Aktivitäten werden.

Diese drei Felder – vollständige Zusätzlichkeit des Sondervermögens auf allen Ebenen, Reformen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und regionale Wirtschaftspolitik mit Mut – liegen zwar nicht komplett in der Hand der Landesregierung, sie hat aber das Potenzial, in diese Richtung zu wirken. Das sollte sie auf keinen Fall ungenutzt lassen.

- 
- 1 Diese Konstellation ist recht typisch für reife Demokratien, in denen Interessengruppen im Sinne von Olson Verteilungskoalitionen bilden, um ihre Privilegien zu sichern; siehe M. Olson (1985), Aufstieg und Fall von Nationen, Tübingen: Mohr Siebeck.
  - 2 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024): Deutsche Wirtschaft kränkt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel, Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Kiel, [https://gemeinschaftsdiagnose.de/wpcontent/uploads/2024/04/Ifw\\_Kiel\\_GD\\_1\\_2024\\_RZ2\\_WEB.pdf](https://gemeinschaftsdiagnose.de/wpcontent/uploads/2024/04/Ifw_Kiel_GD_1_2024_RZ2_WEB.pdf).
  - 3 [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/finanzbericht-2025.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/finanzbericht-2025.html).
  - 4 Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf Ausgaben aus dem Kernhaushalt; Investitionen aus Sondervermögen sind dabei nicht berücksichtigt.
  - 5 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2025/07/2025-07-30-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2026.html>.
  - 6 [https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2024-07/vgrdl\\_broschure\\_2024\\_2.pdf](https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2024-07/vgrdl_broschure_2024_2.pdf). Wahr können die Zahlen geringfügig von den jeweiligen Veröffentlichungen der Länder abweichen, doch bietet die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGRDL) die höchste Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern.
  - 7 Investitionsquoten der Länder (2023); Entnommen aus Haushaltplänen und Finanzplanungen der Länder.
  - 8 <https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie%2C%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Landesprognose.pdf>.
  - 9 <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/fm/Haushalt/Haushaltsplan/Mittelfristige-Finanzplanung/>.
  - 10 [https://uv-mv.de/wp-content/uploads/2025/07/final\\_MV-Investitionsgipfel\\_15.07.2025.pdf](https://uv-mv.de/wp-content/uploads/2025/07/final_MV-Investitionsgipfel_15.07.2025.pdf).
  - 11 <https://insm.de/bildungsmonitor-2025>.
  - 12 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/418427/umfrage/verfuegbarkeit-von-breitbandinternet-50mbits-nach-bundeslaendern/>.
  - 13 Siehe für die Details den Policy Brief von A. Freytag und L. Rebegiani (2025). Ein Neustart für Deutschland: Reform-Impulse für 2025, Bonn: FOM KCV, Streiflicht VWL No. 15, sowie die Warnung des Präsidenten des ifo-Instituts, Clemens Fuest: <https://www.deutschlandfunk.de/ifo-praesident-fuest-warnt-wohlstand-in-deutschland-akut-bedroht-100.html>.
  - 14 Für eine genaue Darstellung und Analyse bieten sich die Subventionsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an: <https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/kieler-subventionsbericht/>.
  - 15 Siehe hierzu Cantner, U., H. Dahlbender, M. Diermeier, A. Freytag, J. Niehues und N. Päßler (2024), Wohlstand nachhaltig sichern: Erfolgreicher Strukturwandel durch klimaneutrale Industrialisierung, Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; In diesem Beitrag wird am Beispiel Schleswig-Holsteins das Potenzial norddeutscher Küstenländer zu klimaneutraler Transformation ohne Wohlfahrtseinbußen analysiert.
  - 16 Mit dem Konzept „Industrieland Mecklenburg-Vorpommern 2030“ liegt im Prinzip seit einigen Jahren eine Grundlage dafür vor.
  - 17 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/418427/umfrage/verfuegbarkeit-von-breitbandinternet-50mbits-nach-bundeslaendern/>.

# Die Autoren

**Prof. Dr. Andreas Freytag** ist seit 2003 Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit 2011 Honorarprofessor an der Universität Stellenbosch.

**Nicolas Haase** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

# Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Kontakt:

Tim Elias Peter  
Wettbewerbsfähigkeit Europas  
Analyse und Beratung  
[timelias.peter@kas.de](mailto:timelias.peter@kas.de)

Bildnachweise: © smarterpix/ miceking

Gestaltung und Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-327-8

Wie kann das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wachstumsfördernd eingesetzt werden? Und welche Rolle spielen die Länder dabei? Dieser Frage gehen Prof. Dr. Freytag und Nicolas Haase am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns nach. Es zeigt sich, dass eine zusätzliche Verwendung der Mittel in Verbindung mit mutigen Wirtschaftsreformen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene entscheidend ist.